

Gemeinsame Pressemitteilung

Sperrfrist: Mi. 16. November 12:00 Uhr

Für ein faires Bundesteilhabegesetz

Großdemonstration am 16. November von Menschen mit und ohne Behinderung

Heute (Mittwoch, 16. November) versammeln sich in Kiel mehrere tausend Menschen mit und ohne Behinderung, um gegen den Entwurf des Bundesteilhabegesetzes zu demonstrieren. Aufgerufen hat dazu ein breites gesellschaftliches Bündnis verschiedener Akteure. Betroffene, Angehörige, Träger, Verbände und Gewerkschaften sind sich einig: Dieses Gesetz darf so nicht verabschiedet werden! Menschen mit Behinderung wollen ein Teilhabegesetz – aber es muss sie in ihren Rechten stärken. Und es muss dem Ziel der Inklusion dienen.

Die Bundesregierung hat versprochen, die Hilfen für Menschen mit Behinderung nach den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention neu zu gestalten. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf hat große Enttäuschung und Ängste bei den Betroffenen Menschen ausgelöst. Es sind darin viele Punkte enthalten, die stark in das Leben von Menschen mit Behinderung eingreifen und Verschlechterungen bringen.

Die Hauptkritikpunkte am vorgelegten Gesetzentwurf sind:

- **Zugang**
Der Zugang zur Eingliederungshilfe wird stark eingeschränkt. Viele Menschen mit Behinderung haben zukünftig kein Recht mehr auf Eingliederungshilfe.
- **Vorrang der Pflege**
Zukünftig sollen Pflegeleistungen Vorrang vor den Leistungen in der Eingliederungshilfe haben. Im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention müsste es umgekehrt sein.
- **Verwertbare Arbeit**
Menschen, die heute in Werkstätten oder betreuenden Tagesstätten einer Arbeit nachgehen, müssen in Zukunft ein „Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Leistung“ nachweisen. Viele Menschen mit Behinderung fürchten zu Recht um ihre Plätze und die Teilhabe an Arbeit.

- **Anrechnung**

Um Leistungen zu bekommen, wird das Einkommen und Vermögen der meisten Menschen mit Behinderung weiterhin angerechnet. Sie müssen aus ihrem Einkommen und Vermögen dazuzahlen. Damit bleibt Behinderung ein Armutsrisiko.

*„Statt die Hilfen für Menschen mit Behinderung hin zu mehr Teilhabe auszubauen, verspricht die Bundesregierung den Bundesländern mit dem Gesetz „Effizienzrendite“ und Mechanismen, um den „Zugang zu Leistungen wirksam zu begrenzen“. Das Bundesteilhabegesetz ist in der jetzigen Form ein Spargesetz zu Lasten von Menschen mit Behinderung“, so der **Vorstand des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein, Günter Ernst-Basten.***

*„Wir sehen die große Gefahr von Leistungseinschränkungen gegenüber geltendem Recht. Wir fordern deshalb nachdrücklich Nachbesserungen am Bundesteilhabegesetz“, so **Frank Hornschu vom Deutschen Gewerkschaftsbund.***

*„Menschen mit Behinderung wollen Teilhabe statt Ausgrenzung, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Wir fordern ein Bundesteilhabegesetz, das die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention wirklich erfüllt“, so **Landespastor Heiko Naß vom Diakonischen Werk Schleswig-Holstein.***

Der Protest wendet sich gegen Verschlechterungen der Perspektiven der Menschen mit Behinderung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Demonstration fordern ein faires Teilhabegesetz.

„Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Selbstbestimmung und sie haben das Recht auf Inklusion! Der Entwurf darf in der aktuellen Form nicht Gesetz werden! Wir fordern alle Politikerinnen und Politiker, Landes- wie Bundespolitiker aus Schleswig-Holstein auf, sich in Berlin für einen Stopp des jetzigen Entwurfs einzusetzen“, so die Bündnispartner.

Bündnispartner:

- Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
- Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein
- Sozialverband Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein
- Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen in Schleswig-Holstein
- Dachverband Gemeindepsychiatrie,
- Lebenshilfe Schleswig-Holstein
- DGB – KERN
- ver.di - Bezirk Schleswig-Holstein
- LAG Werkstätten für behinderte Menschen
- LAG der Werkstatträte Schleswig-Holstein
- Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie
- Hilfe für das autistische Kind

- AStA der Fachhochschule Kiel
- AStA der Christian-Albrechts Universität
- Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland
- Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter – Landesverband Schleswig-Holstein

Kiel, den 15.11.2016

Verantwortlich:

Günter Ernst-Basten
Vorstand
vorstand@paritaet-sh.org
Tel. 0431 5602-11

Jan Dreckmann
Sozialpolitik & Kommunikation
dreckmann@paritaet-sh.org
Tel. 0431 5602-13

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e. V.
Zum Brook 4, 24143 Kiel
www.paritaet-sh.org